

madier der USA, wie Genosse Malenkov auf dem XIX. Parteitag ausführte, „zu der Schlußfolgerung, daß man den Krieg gegen die UdSSR und die anderen Anhänger des Friedens entfesseln muß“.

Gleichzeitig weist Genosse Stalin in seiner genialen Arbeit „ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ auf die Möglichkeit von Kriegen zwischen den imperialistischen Staaten hin.

Aber die heutige Lage ist eine grundlegend andere als die vor dem zweiten Weltkrieg. Während es Hitler verhältnismäßig leicht möglich war, den Krieg anzuzetteln — damals stand die UdSSR allein, und es gab keine breit entfaltete Friedensbewegung — treffen heute die Mächtschaften der Kriegstreiber auf den entschlossenen Widerstand des Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus und der Weltfriedensbewegung. Deshalb betonte Genosse Malenkov in seinem Rechenschaftsbericht auf dem XIX. Parteitag:

*„Das gegenwärtige Kräfteverhältnis zwischen dem Lager des Imperialismus und des Krieges einerseits und dem Lager der Demokratie und des Friedens andererseits macht diese Perspektive (die Erhaltung des Friedens. W. K.) zu einer völlig realen.“*

Unsere aktive Teilnahme am Kampf der Weltfriedensbewegung und damit an der Verhinderung eines neuen Krieges darf uns aber nicht dazu verleiten, weitere Maßnahmen zum Schutz unserer Heimat außer acht zu lassen.

Warum? Die Friedensbewegung hat demokratischen Charakter und kann mit ihren Aktionen wohl einen bestimmten Krieg verhindern, sie kann sich aber nicht das Ziel stellen, den Imperialismus zu vernichten. Somit bleiben — bei allen Erfolgen der Friedensbewegung — der Imperialismus und damit die letzten Ursachen der Kriege noch immer erhalten.

Gerade gegenwärtig verschärfen die Imperialisten ihre Kriegsvorbereitungen. Adenauer soll mit Hilfe des Generalkriegsvertrages Westdeutschland in eine Basis des Angriffskrieges verwandeln. Jetzt, da unser friedliches Aufbauwerk durch das Treiben der Imperialisten höchster Gefahr ausgesetzt ist, wird nach den Worten des Genossen Walter Ulbricht „die Organisierung der Verteidigung der Heimat die erste Pflicht jedes Patrioten in der Deutschen Demokratischen Republik“.

Vor den Parteileitungen steht jetzt die Aufgabe, die Bevölkerung mit den Lehren des XIX. Parteitages vertraut zu machen. Die Ausführungen des Genossen Bulgandin vermitteln in überzeugender Weise eine der Lehren des XIX. Parteitages, die darin besteht, daß der Schutz unserer friedlichen Aufbauarbeit die entschlossene Verteidigungsbereitschaft unserer Bevölkerung verlangt. Die Massen werden diese Lehre des XIX. Parteitages in ihrer ganzen Tiefe erfassen und in die Tat umsetzen, wenn wir täglich die Erfolge unserer bisherigen Arbeit und die weit gesteckten Ziele des Fünfjahrplanes erläutern und immer wieder zeigen, welcher Verbrechen der Imperialismus fähig ist. Die erfolgreiche Überzeugung der Bevölkerung erfordert den unversöhnlichen Kampf gegen alle Argumente, die sich gegen die Hebung unserer Verteidigungsbereitschaft richten.

In einigen Zirkeln des Parteilehrjahres in Schwerin tauchte die Meinung auf, daß „wir doch keine Gewehre mehr anpacken sollen“. Diese pazifistische Auffassung heißt aber nichts anderes, als die Imperialisten zum Raub unseres Eigentums und unserer Freiheit zu ermuntern, denn ohne ausreichenden Schutz für unsere Republik werden uns die

Kriegstreiber als leichte Beute betrachten. Unser Bemühen zur Verstärkung unserer Verteidigungsbereitschaft aber durchkreuzt ihre Pläne, und ihr wütendes Geheul zeigt, daß wir sie empfindlich treffen.

Ein kleiner Teil der Bevölkerung vertritt noch die Auffassung, daß „ein Gewehr gleich einem Gewehr ist und in dieser Hinsicht kein Unterschied zwischen früher und heute besteht“. Ihnen muß man die Worte des Genossen Walter Ulbricht auf der II. Parteikonferenz ins Gedächtnis rufen:

*„Eine Waffe und eine Waffe ist zweierlei. Eine Waffe in der Hand des Pestgenerals Ridgway ist etwas anderes als eine Waffe in den Händen eines antifaschistischen Arbeiters oder werktätigen Bauern.“*

Jene Waffen, die heute von den Arbeitern der volkseigenen Industrie an die Angehörigen der Volkspolizei — die selbst an der Werkbank gestanden haben — übergeben werden, dienen unserem Schutz vor den Anschlägen des Imperialismus. Früher dagegen richteten sich die Gewehre der deutschen Polizei und schließlich deutscher Armeen gegen die Aktionen der deutschen Arbeiterklasse und dienten der Unterjochung fremder Völker. Es liegt also im Interesse jedes einzelnen, wenn wir die Lehren des XIX. Parteitages beherzigen und in der Bevölkerung jenes patriotische Bewußtsein entfachen, welches die Verteidigungsbereitschaft noch beträchtlich erhöhen wird.

In engem Zusammenhang mit dem Schutz unserer Heimat steht die Werbung zur Volkspolizei. Unsere Jugend betrachtet den Dienst in der Volkspolizei als eine hohe Ehre und eine große patriotische Tat. Dennoch sind bei einzelnen Jugendfreunden noch Unklarheiten vorhanden. Mit Unterstützung unserer Parteileitungen müssen die FDJ-Gruppen alles tun, um diese Unklarheiten durch eine noch stärkere und beharrlichere Überzeugungsarbeit zu beseitigen. Nicht allein im Walzwerk Hettstedt ist bei einzelnen Jugendlichen die Meinung vorhanden, „daß sie der Volkspolizei beitreten, wenn es soweit ist“. Ihnen muß gesagt werden, daß mit dem Generalkriegsvertrag eine große Gefahr über das deutsche Volk heraufzieht. Diese Tatsachen können wir nicht leichtfertig abtun, sondern wir werden den Kriegstreibern unsere Verteidigungsbereitschaft entgegenstellen, damit sie sich ihr geplantes Abenteuer reiflich überlegen. Auch Genosse Bulgandin betont, daß man rechtzeitig bestimmte Maßnahmen zum Schutze der Heimat in Angriff nehmen muß.

Warum wollen einige Jugendliche diese wertvollen Erfahrungen der Sowjetunion in den Wind schlagen und erst dann die Einheiten der Volkspolizei verstärken, „wenn es soweit ist“? Der bessere Weg ist doch, gegenwärtig dafür zu sorgen, „damit es nicht soweit kommt“.

Unsere Volkspolizei, die zu jeder Stunde das friedliche Werk unseres Aufbaus, und die Bürger unserer Republik vor solchen Scheusalen wie Burianek, Kaiser und Konsorten schützt, braucht gerade jetzt unerschrockene, patriotische junge Menschen in ihren Reihen. Das Argument „wenn es soweit ist“ entfällt also schon angesichts der Tatsache, daß unsere Volkspolizei täglich einen harten Kampf gegen die ausgeschickten Spione und Verbrecher zu bestehen hat.

Von einigen Jugendlichen wird auch die Auffassung vertreten, daß man „jetzt lernen müßte, und daher nicht der Volkspolizei beitreten könne“. Selbstverständlich weiß unsere Partei den Drang der Jugend nach Wissen voll zu würdigen und wird ihn genau wie bisher voll unterstützen. Aber jetzt kommt es doch gerade darauf an, die großen